

Christian Albrecht
Pressesprecher

Vi.S.d.P.

Nr. 281/2000

Kiel, Freitag, 17. November 2000

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Ekkehard Klug: Die schleswig-holsteinische Lehrerbeschäftigungspolitik der letzten Jahre war ein teurer Flop mit verheerenden Folgen für die Unterrichtsversorgung an den Schulen

In der Landtagsdebatte über den Bericht der Landesregierung zu **TOP 21** (Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern) stellte der F.D.P.-Abgeordnete **Dr. Ekkehard Klug**, u.a. fest:

„Der Bericht der Landesregierung bestätigt die von der F.D.P.-Landtagsfraktion stets vertretene Auffassung, dass Schleswig-Holstein in den Jahren 1994 bis 2000 mit der Entbeamtung von Lehrern einen politischen Irrweg eingeschlagen hat.

Auch andere Bundesländer kehren nun - wie das Land Rheinland-Pfalz – zunehmend zur Verbeamtung von Lehrern zurück. Neben eindeutigen finanziellen Vorteilen spricht für diesen Kurswechsel vor allem der in allen westlichen Bundesländern spürbare Lehrermangel, der sich in den kommenden Jahren weiter verstärken wird.

Länder, die den Bewerbern keine attraktiven Vollzeitstellen im Beamtenverhältnis anbieten, werden es immer schwerer haben, noch ausreichenden Lehrernachwuchs zu finden.

Länder, die - wie es in den letzten Jahren auch Schleswig-Holstein getan hat – jungen Lehrern nur Angestelltenverträge – und dies z.T. sogar nur auf Teilzeitbasis - anbieten, hatten und haben mit einer Abwanderung der Nachwuchslehrer in andere Bundesländer und in andere Berufe zu rechnen.

Durch die frühere Lehrerbeschäftigungspolitik sind in Schleswig-Holstein ohne Sinn und Verstand dreistellige Millionenbeträge verschwendet worden.

Zugleich sind wegen der andernorts attraktiveren Beschäftigungsbedingungen viele junge Lehrkräfte aus unserem Land abgewandert - Lehrer, die den Schulen unseres Land jetzt fehlen.

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>



Presseinformation

Der Bericht der Landesregierung lässt auch deutlich erkennen, dass die früher vom Land gehegte Erwartung, Schleswig-Holstein werde mit seiner Entbeamtungspolitik für andere Länder eine Vorreiterrolle übernehmen, von vornherein unrealistisch war: Für die hierzu vom Land gestartete Bundesratsinitiative sei in absehbarer Zeit keine Mehrheit zu erwarten, stellt der Bericht fest (Seite 7).

Fazit: Die schleswig-holsteinische Lehrerbeschäftigungspolitik der letzten Jahre war ein teurer Flop mit verheerenden Folgen für die Unterrichtsversorgung an den Schulen.“